

Dresdner Volkszeitung

Verlagsamt: Dresden, Saben & Comp., Nr. 1202.

Organ für das werktätige Volk

Bankkonto: Gebr. Arnhold, Dresden und Sach. Staatsbank.

Bezugspreis einschließlich Frachttarife mit den wöchentlichen Belegungen „Nach der Arbeit“ und „Voll und Zeit“ für einen halben Monat 100 Goldpfennig. Einzelnummer 10 Goldpfennig. Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Telefon 25 261. Sperrstunden nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Telefon 25 261. Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: Grundpreise: die 20 mm breite Nonparelzeile 30 Goldpf., die 90 mm breite Reklamenzeile 150 Goldpf., für auswärtige Anzeigen 35 und 200 Goldpf., Familienanzeigen, Stellen- u. Mietgesuche 40 Proz. Rabatt. Für Briefüberlegung 10 Goldpf.

Nr. 44

Dresden, Sonnabend den 21. Februar 1925

36. Jahrg.

Reichstag und Rubelandal

Die Anklagerede des Genossen Herz — Die misslungene Denkschrift — Barmat als Ruheheiliger — Die betrogenen Bergarbeiter

Siebenhundert (700) Millionen Goldmark hat die Reichsregierung ohne Wissen des Parlaments und ohne ausreichende Nachprüfung der Berechtigung dieser Zahlung an die Rubelindustriellen vergütet. Wie gewaltig doch die Summen sind, die schon vorher während des Ruhrkampfes an die Industrie des Westens geflossen sind, ist bisher auch nicht annähernd ermittelt. Die Reichsregierung läßt sich darüber noch immer aus. Wochenlang hat die große Mehrheit der deutschen Zeitungen diese Tatbestände verdrängend oder verleiend. Kein Wunder, sind doch die meisten deutschen Zeitungen im Besitze des Großkapitals oder werden durch die vielen kapitalistischen Nachrichtenagenturen geleitet. Blamäßig wurde in den Volksteilen, die der bürgerlichen Presse verfallen sind, die Aufmerksamkeit auf die Barmat-Geschichte gelenkt, obwohl die ganzen Geschäfte der Barmats im Vergleich zu den Zuwendungen an die Rubelindustrie ein elender Krümel sind.

Am Freitag, wo die sozialdemokratische Anklage gegen die Reichsregierung vor dem Reichstage zur Beratung stand, waren in wenigen Minuten die Wolkens zerissen, die die bürgerliche Presse vor die Totenköpfe zu legen versucht hat. Wer wagte in dieser Reichstagsstunde noch von der Korruption der Sozialdemokratie zu reden? Wohl verhielten die Redner seinen Reden zu stören, wohl verhielten die Großredner auf der rechten und die von ihnen vorgeschickten Abgeordneten für einige Augenblicke gemachte Luftigkeit zu verschleiern. Aber Genosse Herz brachte sie gleich zum Schmelzen, als er ihnen zurief: „Wenn Herr Barmat seine Geschäfte im Ruhrgebiet gemacht hätte, dann wäre er heute wahrscheinlich einer von Ihren Nationalhelden!“

Im einzelnen führte Genosse

Abg. Dr. Herz (Soz.)

aus: Als bekannt wurde, daß die Ruhrindustrie 700 Millionen erhalten habe, da schrieb ein angesehenes deutsch-undisches Blatt des neutralen Auslandes: „Jedes Unglück, das das deutsche Volk trifft, hat sich bisher stets als ein Segen für die Großindustrie erwiesen.“ (Sehe wohl links — Sofortiges Gehüll rechts.) Wenn das Volk mit Millionen Lohnausfall und unermesslichen sonstigen Opfern bestraft hat, so hat das Kapital Wachs und ungeheure Reichtümer gesammelt. Diesem, das das am Rhein und an der Ruhr mit Einlegung ihrer Kräfte, ihres Lebens, ihrer Gesundheit verteidigt haben, die gepriesen wurden als Helden, die dem Reich die besten Widerstandes von der Reichsregierung aufs schärfste im Stich gelassen worden und wurden ein Opfer jener, deren Besitz und Eigentum aus Reichsmitteln so gewaltig vermehrt wurde. (Stürmisches Zustimmung links.)

Am 27. Januar hat die sozialdemokratische Reichstagsfraktion durch ihren Brief an den Reichskanzler Aufforderung über die Zahlungen des Rubelschadenersatzes verlangt; diesem Brief sind vorausgegangen erfolglose Versuche der sozialdemokratischen Fraktion, bei den zuständigen Ressorts in persönlichen Verhandlungen Auffklärung zu erhalten. Erst der die Regierung überwachende Wortführer im Reichstagsklub hat Klarheit in diese Angelegenheit gebracht. Seit dieser Zeit hat uns in die Lage versetzt, über Haupt Auskunft über dieses Vorgehen der Regierung zu erlangen. Man hat den Eindruck, als ob bewußt bis in die letzten Wochen hinein

die Vorgeschichte dieser Entschädigungszahlung

beheimlicht worden ist. Wie erklärt es sich, daß die Reichsregierung einen Brief des Deutschen Bergarbeiterverbandes vom 17. Oktober 1924, der rein sachlich Auffklärung erbat und die Eingangsfrage der Arbeiterorganisationen als zugrundeliegende Forderung wies, erst nach drei Monaten, am 18. Januar 1925, beantwortet hat? (Stürmisches Hört, hört bei den Soz.) Die Denkschrift ist ungenügend und lückenhaft. Der Briefwechsel zwischen Stresemann ist unvollständig wiedergegeben. Und bei der Behandlung, die die Regierung dem unbekanntem Gutachten anderer Parteien für ihre Handlungen beimißt, nimmt es außerordentlich wunder, daß sie auch diese beiden Gutachten nur als interne Aktenstücke behandelt.

Der Grundsatz der Entschädigung für Vermögensverluste und tatsächliche Schäden ist nie von einem ernsthaften Menschen bestritten worden. Im Gegenteil! Gerade wir waren es ja, die den Gedanken, das Rheinland zu einer Reparationsprovinz zu machen, auf das allerentfremdetste bekämpft haben.

Die Presse der Schwerindustrie hat auch die Unwahrscheinlichkeit behauptet, der damalige Finanzminister Dr. Dillferding sei für diese Entschädigung verantwortlich. Ich glaube nicht zuviel von der Reichsregierung zu erwarten, wenn ich annehme, daß der Reichskanzler seinem Vorgänger gegenüber so viel Ehrlichkeit an den Tag legen wird, daß er der Wahrheit auch von dieser Stelle aus die Ehre gibt. Dr. Dillferding ist am 2. Oktober aus der Reichsregierung ausgeschieden. (Reichskanzler Rührer: Das weiß ja jeder!) Aber die Organe des Herrn Dr. Stresemann und der Schwerindustrie haben das nicht gewagt. Wie in dieser Sache die Wahrheit bisher verweigert worden ist, das geht auch aus dem Briefwechsel zwischen Herrn Stresemann und Stinnes hervor. In einem Brief ist die Antwort Stresemanns enthalten, daß die Regierung keine Vorbereitungen auf Ertrag der Reparationszahlungen nicht erfüllen konnte. Am 20. Oktober hat das Kabinett sich auch auf diesen Standpunkt gestellt. Herr Stinnes hatte am 20. Oktober Herrn Stresemann vorgeschlagen, den Wert der Lieferungen in Anleihen zu zahlen und auch die Steuern darauf angerechnet. Darauf ist dann die schwebende Antwort Stresemanns erfolgt. Es geht aus ihr hervor, daß das Kabinett nicht entschieden hat, er sagt dann:

„auch nichts von späterer Anerkennung der Forderungen. Ausdrücklich heißt es dort, daß

keine Garantie für spätere Zahlungen

geleistet werden könne. Warum ist dieser Brief der Denkschrift nicht eingefügt worden? Glaubt man, daß Herr Stresemann am 20. Oktober anders geschrieben hat, als das Kabinett am 20. Oktober beschloß hat? (Sehr richtig bei den Soz.) Am 1. November hat Herr Stresemann weiter ausgesprochen, daß vor der Ordnung der Reichsfinanzen ein Ertrag der Rubelschäden daran gedacht, daß in wenigen Monaten so weit Ordnung geschaffen werden könnte, daß sie dann Hunderte von Millionen auszahlen könnten. Sie hat ja damals selbst vor einer Währungsreform gewarnt. Sie hat darauf aufmerksam gemacht, daß noch nicht abzusehen wäre, ob und wann die Reichsfinanzen wieder in Ordnung sein würden. Sie konnte damals nur der Meinung sein, die Herr Stinnes zum Ausdruck gebracht hat, als er die Aussichten auf spätere Zahlungen

als Mondwechsel

bezeichnete. (Lebhafter Beifall bei den Soz.) Ich will Herrn Stresemann aber auch an die Rede erinnern, die er im Reichstag am 22. November gehalten hat. Damals hat er im ersten Moment von den Voraussetzungen Kenntnis gegeben. Er führte ausdrücklich aus, daß nur nach Sanierung der Finanzen eine Entscheidung in Frage kommen könne, aber auch dann sollte nur der Steuer angeschlossen werden. Jetzt ist die Regierung auf der Suche nach Mitteln. Das läßt aber nur erkennen, daß sie inzwischen zur Einsicht ihres Unrechtes gekommen ist und sie nunmehr versucht, die Verantwortung auf andre abzuwälzen. Gegenüber der Erklärung der früheren Minister Stresemann und Robert Schmidt, daß sie bei der Sitzung des Kabinetts vom 31. Oktober 1922 ausgeschaltet worden seien, erklärt die Regierung, daß das nach dem Geschäftsvergang herbeizuführen sei. Wie will sie das in der Reichstagskammer betonen, daß auch nach der amtlichen Denkschrift das Wiederauf-

bauministerium, dem der Sozialdemokrat Robert Schmidt vorstand, vorher wie nachher reformmäßig zuhändig gewesen ist? Am 8. November hat Herr Stresemann an die Sachverständigenkommission geschrieben, daß er die Verhandlungen, bei denen die Regierung durch das Wiederaufbauministerium vertreten sei, anerkenne. Ist das Wiederaufbauministerium bei den Verhandlungen über die Rubelschadenersatzungen ausgeschaltet worden, weil der Sozialdemokrat Robert Schmidt an seiner Spitze stand? (Stürmisches Unterbrechungen von links.)

Ich stelle zusammenfassend fest, daß die Sozialdemokraten für die ungeheuren Ausgaben nicht verantwortlich sind, und was wir auch sonst noch an diesen Dingen zu bemängeln haben, so erwarten wir, daß die Regierung von dieser Stelle aus die Sachlage richtigstellt, nachdem die ihr nachstehenden Kreise in dieser Weise gegen die früheren Minister Stresemann und Robert Schmidt vorgegangen sind.

Nun behauptet die Regierung, daß sie im Rahmen ihrer Befugnisse gehandelt habe. In der ersten Rede, die der Denkschrift beigefügt ist, wird gesagt, daß die Reparationsleistungen jeder Rechtsgrundlage entbehren. Die Regierung hat den Verfassungsweg benutzt, um die Zahlungen den Industriellen auszuweisen. Sie gibt an, daß eine gesetzliche Grundlage dafür nicht vorhanden sei. Wäre es nicht Pflicht der Regierung gewesen, diese gesetzliche Grundlage zu schaffen? Wird sie mochten die Aufwertungsgläubiger ebenso entschädigen? Wird sie die Inflationsschädigten in gleicher Weise behandeln?

Wie steht es nun mit der ethischen Frage? Die Regierung nennt in der Denkschrift zwei Punkte als Voraussetzung für die Leistung der Zahlungen. Der erste Punkt sei die Befriedigung eines unabwendbaren Bedürfnisses, der zweite Punkt sei der Ausnahmefall, in dem das gefehle. Wenn die Regierung diesen Artikel so weitestgehend auslegt, wie sie es jetzt getan hat, dann können wir allerdings unsere Arbeiten einstellen. (Lebhafter Beifall bei den Soz.)

In dem § 38 Abs. 1 steht aber noch mehr. Es heißt dort:

Marr' Rücktritt

Der Kampf um Preußen

Das neue preussische Kabinett unter der Führung von Dr. Marr ist am Freitag in offener Kabinetttagung gefallt. In der Abstimmung über den Vertrauensantrag der Regierungsparteien lauteten von 439 gültigen Stimmen 218 auf Ja und 221 auf Nein. Auch bei dieser Abstimmung erlebte man das groteske Schauspiel, daß zwei Abgeordnete der Zentrumspartei, die Abgeordneten Vornary und v. Papen, aus der Kampffront der eigenen Partei desertierten und den vom Zentrum gestellten Ministerpräsidenten stürzen halfen.

Als sofort nach der Bekanntgabe des Abstimmungsergebnisses Ministerpräsident Marr den Rücktritt des gesamten Kabinetts erklärte, rief es von der Zuschauertribüne: „Bravo!“ Natürlich wurde diese bestellte Demonstration von den Regierungsparteien mit verbindlichstem Schanzeln aufgenommen. Der Sieg, den die Regierungsparteien abermals mit Hilfe der Kommunisten davongetragen haben, ist ein richtiger Pyrrhusieg, an dem sie nicht viel Freude haben werden. Galt vor der Kampffront, und wenn nicht alles täuscht, war diese stürmische offene Feldschlacht am Freitag der Anfang einer neuen Kampfbewegung gegen die Reaktion.

Am Donnerstag schon hat der schneidige geliebte Angriff des Zentrumsgesandten Schöningh die Regierungsparteien überfallen und gezeigt, daß ihre Spekulationen und Träume über den Umfall des Zentrums doch recht vorläufig und getraut waren. Am Freitag rechneten der Deputat Riedel und Genosse Heilmann mit den Herrschaften auf der rechten in einer Schärfe und Kraft ab, die überall im Saal das Gefühl wachrufen mußte, die Unterlegenen sind stark genug, um den Kampf in Preußen bis zur letzten Entscheidung durchzuführen. Welch klägliches Bild boten die Ratadore der Regierungsparteien, die Herren v. Campe, Herr Binkernell von der DVP, Herr Schöningh-Schöningh, Viktor Koch von den Deutschnationalen und Herr Wulke, die von ihren Freunden hegeschwärzt vorgeführt worden waren. Viktor Koch blamierte sich, als er von der Tribüne herab erklärte, daß er den Satz des Demokraten Riedel, bei den Deutschnationalen lägen die Herren, die mit Geld Kerzen gegen den Reichspräsidenten kaufen, auf sich bezogen habe. Der Mann mit dem schlechtesten Gewissen weiß, warum er sich getroffen fühlt. Der Syndikus der Grubenbarone, Herr Binkernell, bemühte sich krampfhaft, den Eindruck der Rede des Genossen Heilmann abzuwischen. Allein seine Weile fielen matt zu Boden. Sein härtestes Geschütz war: die Verbindung Spiritweber-Deutsche Volkspartei sei nicht so eng wie die Verbindung Barmat-Sozialdemokratie. Unter stürmischem Gelächter rief man auf der linken: Wer Spiritweber ist, steht fest, bei Barmat muß es erst noch festgestellt werden. Kenntlich hütete sich Binkernell, auf die scharfen Angriffe Heilmanns gegen Stresemann mit einem Wort einzugehen. Auch Schöningh-Schöningh, der Abwehr gegen die Anklagen Heilmanns über die

Korruptionsercheinungen bei den deutsch-nationalen Reichsministern, wie v. Schlieben, Schiele und bei dem deutsch-nationalen Parteiführer Grafen v. Westarp. Es waren sehr bittere Wermutstropfen, die in den Wecker der Freude fielen, mit dem der Sieg über den Sturz des Kabinetts Marr gefeiert werden sollte.

Als kurz nach dem Rücktritt des Kabinetts Marr Präsident Paretz die Sitzung des Landtags, der am 3. März 1925 wieder zusammentreten wird, schloß, lag über den Wägen der Regierungsparteien eine dumpfe Atmosphäre von Unruhe und Unsicherheit. Schon sind die deutsch-nationalen Parteiführer für Sonnabend und Sonntag nach Berlin berufen, um ihre Ordres für die neuen Kämpfe zu holen. Eine Schlacht ist vorüber, der Kampf um Preußen geht weiter. Das Ringen um Preußen und damit um das Schicksal Deutschlands wird ein stürmisches Frühjahr befeuern. (Wir werden am Montag einiges aus Heilmanns Rede nachlesen.)

Die Zentrumspartei gegen die zwei Abtrünnigen

SPD. Die Zentrumspartei des Preussischen Landtags besaß sich noch am Freitagabend mit dem Sturz der Regierung Marr und dem Verhalten ihrer Mitglieder v. Papen und Doernary, die während der entscheidenden Abstimmung nicht anwesend waren. Die Fraktion löste einstimmig folgenden Beschluß:

„Die Zentrumspartei des Preussischen Landtages sieht nach dem heutigen Verhalten der Herren von Papen und Doernary, die durch ihr ungewissenhaft abschließendes Handeln bei der entscheidenden Abstimmung wesentlich zum Sturz des Kabinetts beigetragen haben, keine Möglichkeit mehr, mit den genannten Herren in der Fraktion weiterzuarbeiten. Sie beauftragt daher den Vorstand, die beiden Abgeordneten unverzüglich zu einer baldigen Niederlegung ihrer Mandate aufzufordern.“

In Ergänzung dieses Beschlusses erfahren wir, daß die Zentrumspartei beabsichtigt, v. Papen und Doernary aus der Fraktion auszuschließen und bei dem Parteivorstand den Ausschluß der beiden Persönlichkeiten aus der Partei zu beantragen, falls der Verzicht auf die Mandate nicht unmittelbar erfolgt. Schon diese Absicht zeigt, daß die Zentrumspartei des Preussischen Landtags entschlossen ist, ihre bisherige Politik fortzusetzen. Das kam in der gestrigen Fraktionssitzung besonders stark zum Ausdruck. Man will sich unter keinen Umständen dem Terror der Volkspartei fügen. Das Zentrum wird infolgedessen am 3. März bei der Neuwahl des Ministerpräsidenten Herrn Marr wieder der preussischen Zentrumspartei zu entsprechen. Er wird nach vollzogener Wahl mit dem gleichen Kabinett vor den Landtag treten, das am Freitag gestürzt worden ist. Soweit wir unterrichtet sind, ist die Zentrumspartei bereit, diese Laktif so oft fortzusetzen, wie die deutsch-national-volksparteiliche kommunistische Opposition es wünscht.